

Plenum aktuell am 4.5.2006

Landtag beriet über die Volksinitiative zur Kinder- und Jugendförderung

Vizepräsident Michael Vesper hat in der heutigen Plenarsitzung (4. Mai 2006) den Landtag über das rechtswirksame Zustandekommen der "Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung" unterrichtet. Zu der Volksinitiative hatten sich verschiedene Verbände zusammengeschlossen, unter anderem das Paritätische Jugendwerk, die Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW und der Landesjugendring. Bevor die Volksinitiative einstimmig an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend) sowie den Haushalt-, Finanz- und Ausschuss für Kommunalpolitik (mitberatend) überwiesen wurde, stritten die Rednerinnen und Redner der einzelnen Fraktionen heftig miteinander.

Im Jahr 2002 hatte der Düsseldorfer Landtag die Volksinitiative in die Landesverfassung aufgenommen und 2004 die Hürden für Volksinitiativen noch einmal gesenkt. Daraufhin hatte bereits 2004 eine Volksinitiative "Jugend braucht Zukunft" Unterschriften gesammelt, um die damalige rot-grüne Landesregierung von Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit abzubringen. Die neue Volksinitiative 2006 fordert nun "zur Einhaltung und vollen Umsetzung" des Kinder- und Jugendfördergesetzes auf. Denn Jugendzentren, Schülercafés und Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen hatten auf eine Steigerung der Landeszuschüsse von 75 auf 96 Millionen Euro gehofft.

"Wir würden diese 96 Millionen gerne zur Verfügung stellen, wenn wir sie hätten", sagte **Ursula Doppmeier** (CDU). "Auch uns fallen diese Kürzungen nicht leicht, aber wir haben eine Verantwortung unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln gegenüber. Wir werden alles tun, ihnen nicht weiter ein Land zu vermachen, welches auf Grund seiner totalen Überschuldung handlungsunfähig wird." NRW sei so überschuldet, dass allein von den Zinsen täglich vier Kindergärten gebaut oder 600 Ausbildungsverträge in der Industrie finanziert werden könnten. Zwar gebe es nun nur 75 Millionen Euro für Kinder- und Jugendförderung, dafür aber Planungssicherheit bis 2010. Zusätzlich seien 40 Millionen für Kindergärten und frühkindliche Förderung sowie 4,5 Millionen für das Sonderprogramm "Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten" vorgesehen. Fazit: Im Bereich Generationen werde deutlich weniger gespart als in anderen Bereichen.

Komplett anders sah **Britta Altenkamp** (SPD) die Lage. Sie sprach von Vertrauensbruch: "Sie haben schon viele Versprechen gebrochen, aber dieses hier wird sie bitter verfolgen!" kündigte sie der Landesregierung an. Der Vertrauensverlust insbesondere von Jugendlichen in die Politik würde dadurch weiter befördert: "Verlierer Ihrer Politik sind nicht nur die Kinder und Jugendlichen, Verlierer ist auch die Landespolitik. Die ersten Erfahrungen von Politik wirken länger nach, als sie sich vorstellen können. Täuschen Sie sich nicht. Das werden Ihnen die Menschen nicht vergessen."

Andrea Asch von den Grünen sprach von einer "Ungeheuerlichkeit", dass man nun zum zweiten Mal eine Volksinitiative beraten müsse, die schon einmal erfolgreich gewesen sei. "Die CDU ist mit dem Slogan Kinderfreundlichkeit auf Stimmenfang gegangen. Das ist

Wahlbetrug in der übelsten Form", meinte sie. Die 4,5 Millionen Euro für das Sonderprogramm soziale Brennpunkte bezeichnete sie als "lächerlich".

Christian Lindner (FDP) bescheinigte der Vorrednerin eine "Politik der besten sozialen Absichten", dem er eine "Politik der besten sozialen Ergebnisse" entgegensetzte. Die FDP habe entschieden, einen Schwerpunkt in den Bereich Schulpolitik zu legen, weil sie hier in NRW einen Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern sehe. Im Bereich Jugendhilfe liege das Land dagegen oberhalb des Bundesdurchschnitts. Nach der Landtagswahl habe man andere fiskalische Möglichkeiten vorgefunden, als erhofft. Dennoch löse man ein zentrales Versprechen ein, nämlich die Bildungschancen der jungen Generation zu verbessern.

Jugendminister **Armin Laschet** (CDU) betonte zunächst, Respekt zu haben vor denen, welche die Initiative unterschrieben und die Unterschriften gesammelt hätten. Er verwies ebenfalls auf die Rekordverschuldung und versprach, die Zuteilung unbürokratischer zu gestalten, so dass mehr Mittel direkt der pädagogischen Arbeit zu Gute kommen: "Die 75 Millionen Euro, die jetzt im Regierungsentwurf stehen, werden auch tatsächlich bei den Jugendlichen ankommen". Nach seiner Rechnung gibt die Landesregierung 316 Millionen Euro mehr für Schulen, offene und kulturelle Jugendarbeit, Sprachförderung, soziale Brennpunkte und Jugendverbandsarbeit aus. Eine verantwortliche Haushaltspolitik, sagte Laschet, bestehe aus einer vernünftigen Förderpolitik sowie aus einer Begrenzung der Ausgaben.